Mehr Einfluss für Bewährungshelfer

Nach Fall Marie fordern Betreuer von Verurteilten grössere Kompetenzen

Der Richter ignorierte die Warnung der Bewährungshilfe vor dem mutmasslichen Mörder von Marie S. Der Präsident der Bewährungshelfer-Vereinigung fordert nun mehr Befugnisse.

Katharina Bracher

Die Warnung der Waadtländer Bewährungshilfe kam im letzten November. Claude Dubois, verurteilter Mörder und Sexualstraftäter im Hausarrest, sei rückfälliggefährdet. Er habe Morddrohungen gegen Arbeitskollegen ausgestossen und pornografische Einträge im Internet gemacht. Dubois wurde daraufhin wieder inhaftiert. Doch er wehrte sich mit einem Rekurs. Der Vollzugsrichter gab ihm recht und machte den Entscheid der Strafvollzugsbehörde rückgängig - Ende Januar wurde Dubois wieder auf freien Fuss gesetzt. Ein Fehlentscheid, wie man heute weiss. Letzten Montag entführte der 36-jährige Dubois seine Freundin Marie S. Am Tag darauf brachte er die Polizei in einen Wald im Kanton Freiburg, wo die Leiche der 19-Jährigen lag. Eine Untersuchung soll klären, warum der Richter weder dem psychiatrischen Gutachten noch der Warnung der Bewährungshilfe in seiner Risikobeurteilung gefolgt war. Der Gerichtspräsident hat erklärt, dass auch Richter Menschen seien, die sich irren könnten. Doch für Philippe Pillonel, Präsident der Vereinigung Bewährungshilfe und soziale Arbeit in der Justiz, ist heute schon klar, dass die Bewährungshilfe zu wenig gehört wird.

«Wir brauchen mehr Gewicht im Strafvollzug», sagt Pillonel. Die Bewährungshilfe müsse als unabhängige Instanz mit mehr Befugnissen ausgestattet werden. Nur so könne gewährleistet werden, dass die Berichte derjenigen, die am nächsten in Kontakt stünden mit verurteilten Straftätern, ernst genommen würden.

«Ein Gebiet, ein Chef»

«Die Empfehlungen der Bewährungshilfe werden zwar in aller Regel vom Gericht beachtet», räumt Pillonel ein, der die Freiburger Bewährungshilfe leitet. Effektiver wäre es aber, wenn die Bewährungshilfe mit einem Rekursrecht ausgestattet würde. Das hiesse, dass sie Einspruch erheben könnte, wenn das Amt für Strafvollzug oder das Gericht die Gefährlichkeit eines Täters anders einschätzte.

«Das ist ein unrealistischer, alter Traum der Bewährungshilfe», sagt dagegen Andreas Werren. Der Jurist stand bis 2004 dem Zürcher Amt für Justizvollzug vor. Unter seiner Leitung wurde der Strafvollzug reorganisiert; Vollzugsbehörde, Bewährungshilfe, psychologischer Dienst und alle Anstalten wurden zusammengeführt. Das Zürcher Modell wurde

von anderen Kantonen übernommen. So etwa vom Kanton Aargau, wo zuvor im Fall des getöteten Au-pair-Mädchens Lucie Informationen zwischen Anstalt, Vollzugsbehörde und Bewährungshilfe verloren gegangen waren.

«In vielen Kantonen gibt es gar keine isolierte Bewährungshilfe. Sie ist Teil des Justizvollzugs», sagt Werren. Deswegen sei es nicht sinnvoll, die Bewährungshilfe als Teil der Verwaltung mit Rekursrechten auszustatten. «Die Entwicklung geht in Richtung Integration», sagt Werren. Doch das sieht Pillonel anders. «Ich bin für organisatorische Unabhängigkeit der Instanzen», sagt er. Eine jede mit ihren eigenen Rollen und Kompetenzen. «Getreu der alten Maxime: Ein Gebiet, ein Chef eine Mission», sagt Pillonel

Die Forderung der Bewährungshelfer ist vor dem kulturellen Hintergrund der Westschweiz zu sehen. Die Romandie hat Vollzugsrichter, die erstinstanzlich über Änderungen des Strafvollzugs entscheiden. In der Deutschschweiz übernimmt diese Aufgabe die Vollzugsbehörde. «In der Waadt arbeitet die Strafvollzugsbehörde unabhängig von Bewährungshilfe, psychiatrischem Dienst und Gericht, sagt Benjamin Brägger, Dozent am Institut für Strafrecht und Kriminologie der Universität Bern. Dabei würden an den Schnittstellen viele Informationen verloren gehen.

Zu wenig Bewährungshelfer

Brägger ist zwar gegen die Idee, die Bewährungshilfe mit einem Rekursrecht auszustatten, zeigt aber Verständnis für deren Anliegen. «Es braucht eine personelle Stärkung, damit die durchgehende Betreuung sichergestellt ist, sagt Brägger. Von der Untersuchungshaft bis zur Entlassung: Jeder Wechsel müsse begleitet werden. Das sei heute leider nicht immer so.

Doch hätten mehr Rechte für die Bewährungshilfe verhindern können, dass Dubois die Tat beging? «Es ist schwierig zu sagen, welchen Effekt das Rekursrecht gehabt hätte», sagt Pillonel. Ob den Informationen der Bewährungshilfe vom Gericht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden sei, müsse zuerst abgeklärt werden.

Bewährungshelfer sind zumeist ausgebildete Sozialarbeiter. 2009 waren es 184 Vollzeitstellen, die je nach Jahr zwischen 4500 und 5000 Fälle betreuten. Daneben gibt es rund 200 ehrenamtliche Mitarbeiter, welche mit der Sozialbetreuung von Personen im Strafvollzug beschäftigt sind.